

## Der Milchpreis.

Wie wir hören, dürfte das Ackerbauministerium die auf die Erhöhung des Milchpreises um vier Heller abzielende Eingabe der Wiener Molkereien in zustimmendem Sinne erledigen.

Die Wiener Molkereien haben ihr Ansuchen mit dem Hinweis darauf begründet, daß die Selbstkosten der landwirtschaftlichen Betriebe zweifellos erheblich gestiegen seien. Durch Vertrag mit diesen Betrieben seien die Molkereien gehalten, ihnen jeden Preiszuschlag in vollem Ausmaße zugute kommen zu lassen. Ein solcher neuerlicher Preiszuschlag aber liege insofern im Interesse des Konsums, da nur durch entsprechende Preise eine ausreichende Milchproduktion gewährleistet sei, während im anderen Falle die Gefahr einer Einschränkung der Produktion, sei es durch Abverkauf von Vieh, sei es durch Einschränkung der Fütterung, bestehe. Die in den Molkereifaktoren jetzt geltenden Preise sind 36 Heller für den Liter Ausschankmilch und 42 Heller für den Liter Flaschenmilch. Die Molkereien führten nun in ihrer Eingabe detailliert an, daß ihre Milcheinsender bei diesen Preisen nicht mehr auf ihre Rechnung kommen, da nach einer von agrarischer Seite aufgestellten Berechnung infolge der hohen Futtermittelpreise im landwirtschaftlichen Großbetrieb die Selbstkosten eines Liters Milch auf 32 Heller und im landwirtschaftlichen Kleinbetrieb um nicht viel weniger betragen. Es wird daher vom Ackerbauministerium das Einverständnis für die Aufstellung eines sogenannten „Nichtpreises“ von 34 Heller verlangt, der den Zweck hätte, festzustellen, daß kein Landwirt wegen Preistreiberei angeklagt werden kann, wenn er für den Liter von ihm gewonnener Milch einen Preis von 34 Heller verlange. Mit Etablierung der neuen Preise werden die Molkereien ihre Preise von 36 auf 40 und von 42 auf 46 Heller erhöhen. Sie machen geltend, daß sie erst nach dieser Erhöhung die kleinen Milchgeschäfte, die ihre Ware von den Milchgroßhändlern beziehen, im Preise erreichen würden, da die Ausschankmilch heute dort zu einem Durchschnittspreis von 40 Heller verkauft wird.

\* \* \*

Auch in Berlin wird die Frage der Milchpreiserhöhung lebhaft diskutiert. Der „Berliner Lokalanzeiger“ schreibt dazu: Die für den 1. Oktober angekündigte hohe Steigerung des Milchpreises ruft in den weitesten Volksteilen lebhafteste Erregung hervor. Mit dem sonst üblichen Hinweise auf die

Pflicht, sich den Anforderungen des Krieges anzupassen, ist hier in der Tat nicht durchzukommen. Die Versorgung der Kinder und Kranken mit Milch ist eine unbedingte Notwendigkeit. Darum erscheint es undenkbar, daß die zuständigen Behörden untätig zusehen, wenn der Preis für den Liter Milch in Groß-Berlin auf über 30 Pfennig steigt. Eine solche Verteuerung wird die naturgemäße Folgewirkung des Vorgehens der „Interessengemeinschaft märkischer Milchproduzenten“ sein, die den Literpreis bei Abnahme im Großen auf 25 Pfennig festgesetzt und eine weitere Erhöhung in Aussicht gestellt hat. Von Gemeinde wegen w. d. dagegen in Berlin zunächst nichts unternommen werden. Man sieht im Rathause auf dem Standpunkte, daß es nur Sache der Regierung sein kann, in diese Frage einzugreifen. An der Regierungsstelle aber befürchtet man, daß die Landwirte, falls Milchhöchstpreise festgesetzt werden, auf die weitere Verwendung von Kraftfutter verzichten und dadurch die Milcherzeugung einschränken könnten, was natürlich das größte Unglück wäre. Binnen kurzem sollen Bestimmungen über die im ganzen Lande einzurichtenden Preisausschüsse für die einzelnen Warenklassen, die voraussichtlich unter der obersten Leitung eines Reichspreisausschusses zu arbeiten hätten, erlassen werden. Der zuständige Preisausschuß würde sich dann auch mit der Milchfrage befassen. Bei diesem Vorgehen besteht offenbar die Gefahr, daß es erst dann zu irgendwelchen Beschlüssen kommen wird, wenn schon erheblicher Schaden eingetreten ist. Es erscheint unerlässlich, daß noch vor dem 1. Oktober Vorkehrungen getroffen werden, aus weiter entfernten landwirtschaftlichen Bezirken Milch nach Berlin heranzuziehen, um vor allem einer Unterernährung der Säuglinge vorzubeugen. Der Schaden, der in dieser Richtung eintreten kann, ist nicht wieder gutzumachen.